ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Fluch der guten Tat?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1982) : Fluch der guten Tat?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 3, pp. 108-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135654

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Bruno Molitor

Fluch der guten Tat?

Nun haben wir auch noch ein veritables Ausländerproblem. Aber nicht wie in England, Frankreich oder auch Holland, wo es sich schwergewichtig durch die Einwanderung aus ehemaligen Kolonien oder Landesteilen in Übersee ergab. Unser Ausländerproblem ist hausgemacht; es braute sich förmlich unter den Augen von Regierungen zusammen, die sich etwas auf ihre „planerischen Perspektiven" zugute halten. Und das Schlimmste: unsere Liberalität und Europaneigung droht zu guter Letzt gegen uns selbst auszuschlagen, dann nämlich, wenn, um offensichtliche Versäumnisse wettzumachen, eine härtere Gangart unausweichlich wird und dem Klischee vom „häßlichen Deutschen" Nahrung zu geben scheint.

Da ist etwa der EG-Beitritt Portugals, Spaniens und Griechenlands, für den sich unsere Regierung mächtig ins Zeug gelegt hat. Natürlich kann jeder, der diese Länder besucht, nur wünschen, daß sie uns auch politisch und wirtschaftlich näherrücken. Indes, in allen Fällen handelt es sich um stark agrarbestimmte und volkreiche Staaten: Wäre es da nicht im allseitigen Interesse klüger gewesen, *zuvor* die marode Brüsseler Agrarpolitik zu reformieren, die ohnehin kaum mehr zu finanzieren ist und durch die Beitritte nur zusätzliche Sprengsätze erhält, und ebenso die doch nur einseitig wirkenden Freizügigkeitsregeln, die uns spätestens ab 1988, wenn man den Schätzungen glauben darf, hier einen jährlichen Zuzug von 30 000 Personen bescheren werden? Natürlich ist es töricht, von Überfremdungsgefahren zu reden – und schon gar in diesen Fällen, wo die Assimilierung erfahrungsgemäß leicht vonstatten geht. Das allgemeine Problem liegt schlicht darin, daß wir keinen Platz haben. Unsere Bevölkerungsdichte ist bereits heute extrem hoch. Gerade das macht ja den Umweltschutz, die Ressourcenpflege und die Lücke der Eigenenergie zur dornigen Aufgabe. Nachdem das Wachstum der deutschen Bevölkerung mehr oder minder stagniert, besteht wahrlich kein Anlaß, diese Erleichterung durch massive Einwanderungen wieder auszustreichen. Damit wäre niemandem gedient, am wenigsten den Ausländern.

Da ist zum anderen das Asylrecht, dem wir nicht zuletzt im Hinblick auf die eigenen Erfahrungen in der Nazizeit Verfassungsrang gegeben haben. Daß die Bewerbungen zeitweise sprunghaft anstiegen, ist angesichts der Zunahme zumal von kommunistischen Diktaturen in aller Welt kein Wunder. Gleichwohl kann kein Gedanke daran sein, das Asylrecht aufzugeben – soweit es tatsächlich um politisch Verfolgte geht. In Wahrheit besteht jedoch ein übergroßer Teil der heutigen Bewerber aus „Wirtschaftsflüchtlingen", und in Wahrheit ist es das unerträglich umständliche Prüfungsverfahren, das die unerledigten Fälle zu Zahlen hat anwachsen lassen, die die Bevölkerung beunruhigen. Seit gut einem Jahr liegt nun ein vernünftig vereinfachender Gesetzesentwurf des Bundesrates vor. Aber wieder einmal ist Bonn und namentlich der glücklose Innenminister nicht einverstanden.

Bleibt schließlich das quantitativ ausschlaggebende Problem der Gastarbeiter (Türken: 1,5 Mill., Jugoslawen: 0,6 Mill.). Hier ist daran zu erinnern, daß niemandem bei der Anwerbung (durch die Nürnberger Bundesanstalt) ein Daueraufenthalt versprochen wurde. Das ursprüngliche Konzept, wie es heute noch die Schweiz praktiziert, war vielmehr, bei uns freie Arbeitsplätze zu besetzen und dafür mit guten Löhnen (siehe die Milliarden Heimüberweisungen) und fachlicher Fortbildung einen entwicklungspolitischen Beitrag zu leisten. Daß das Arrangement so auch allenthalben verstanden wurde, zeigte z. B. die Reaktion auf die erste Rezession 1966, als nicht weniger als eine halbe Million Gastarbeiter in ihre Heimatländer zurückkehrten. Heute gibt es 209 000 arbeitslose Gastarbeiter; aber ein nennenswerter Rückwanderungstrend zeigt sich nicht. Offensichtlich lassen die Lebensumstände und die großzügige soziale Sicherung bei uns durchweg die Entscheidung gegen eine Heimkehr ausfallen. Und: trotz des Anwerbestopps von 1973 hält der Zugang durch den Familiennachzug weiter an; von den heute ansässigen Türken z. B. ist nurmehr ein Drittel berufstätig.

Vor diesem Hintergrund bleibt, so schwer es auch fällt, keine andere Wahl, als die Zuzugsmöglichkeiten drastisch zu beschränken und mit Verlängerungen der Aufenthaltserlaubnis für kürzerfristig Eingewanderte restriktiv zu verfahren. Im übrigen hat der Bundeskanzler in Sorge um den inneren Frieden die Alternative richtig gestellt: entweder Einbürgerung unter Erfüllung aller Voraussetzungen, die das erfordert, oder Heimkehr in angemessener Frist.